

27/X. 1916

fu.

Die Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Einschränkung der Aussprache.

Im Hauptausschuß des Reichstags kam es heute zunächst zu einer Aussprache über die Geschäftslage.

Ein Redner des Zentrums fand, daß die Beratung der Ernährungsfragen im Ausschuß viel Neues nicht zutage gefördert habe; die meisten Fragen seien bereits im parlamentarischen Ernährungsrat besprochen worden. Im Interesse der Förderung der Arbeiten liege eine weniger breite Behandlung einzelner Fragen. Zu diesem Zwecke beantrage er zehn Minuten Redezeit und außerdem Kontingentierung in der Weise, daß zu ein und derselben Frage von jeder Fraktion nur ein Redner zu Worte kommen solle. — Redner der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei widersprachen der Kontingentierung.

Der Vorsitzende Dr. Spahn teilte mit, der Seniorenkonvent habe sich in seiner gestrigen Sitzung dahin geeinigt, daß die Fraktionsvorsitzenden etwas auf die Redelust im Hauptausschuß eindämmend wirken sollten. Im Hinblick auf die gesamte Lage sei es erwünscht, jede Frage zwar möglichst erschöpfend, aber in knapper Form zu behandeln.

Schließlich einigte sich der Ausschuß auf zehn Minuten Redezeit.

Zucker, Obst, Gemüse.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde die Beratung der Zucker-, Obst- und Gemüsefrage fortgesetzt.

Gegenüber Ausführungen eines Redners der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärte Präsident v. Batocki, daß der Plan für die Nachlieferung von Zucker zu Einmachezwecken aufgestellt werde, sobald die Ernte zu übersehen sei. Die Desproduktion werde nur in geringem Umfange weitergeführt, mit dem absprechenden Urteil über das Verfahren sollte man zurückhalten. Süßstoff werde so viel wie möglich hergestellt, die Preise seien der Sachlage angemessen; einer Verschwendung von Süßstoff müsse vorgebeugt werden.

Ein anderer Regierungsvertreter bespricht den Schwindel mit Ersatzmitteln, der sich allenthalben breit mache. Eine große Anzahl von Bestimmungen suche ihn zu bekämpfen; Erwägungen über weitere Maßnahmen schweben noch.

Ein Sozialdemokrat bemängelt die Abgabe von Zucker an die Winzer.

Ministerialdirektor v. Braun erklärt hierzu, daß 70 000 Doppelzentner aus der vorjährigen Ernte an die Winzer gegeben und bereits verwendet seien; eine gleiche Menge sei für den nächsten Herbst zugesichert, die eventuell noch erhöht werden solle.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei stimmt dem absprechenden Urteil über die Herstellung der Nährhefe bei, die irrationell sei. Besser sei es, Melasse direkt zu verfüttern. Der Redner tritt ein für eine Mitwirkung des Futtermittelhandels bei der Verteilung der Futtermittel, ferner für eine wesentliche Verbilligung des Süßstoffs.

Ein Redner der Deutschen Fraktion bemängelt gleichfalls die Abgabe von Zucker an die Winzer. Er fordert ein Ausfuhrverbot für Leer. Präsident von Batocki erklärt, ein solches bestehe schon, und verteidigt nochmals die Gewinnung von Nährhefe als nützlich für die Kriegswirtschaft.

Die Kartoffelfrage.

Die Kommission wendet sich nunmehr der Kartoffelfrage zu.

Der Berichterstatter empfiehlt mehr Ruhe bei der Beurteilung der Frage. Die Ernte des Vorjahres sei zweifellos zu hoch geschätzt worden. Der Redner geht ausführlich auf den Wirtschaftspland ein. Die Auslegung des Begriffes „Fabrikkartoffel“ sei nicht klar. An eine Erhöhung der Kartoffelpreise werde von keiner Seite gedacht. Die Unkosten der Gemeinde und des Kleinhandels bei der Kartoffelversorgung sollen zum Teil erlegt werden, die Frachtkosten seien limitiert, ebenso die Provisionen.

Ein konservativer Redner tritt dafür ein, daß die alten guten Beziehungen zwischen Erzeuger und Versorger nicht gestört werden.

Ein Vertreter des R. C. A. begründet die jüngsten Eingriffe in die Verflitterung und in den Verkehr mit Saatkartoffeln, die angesichts der Ernte notwendig gewesen seien. Beschädigte Kartoffeln, die nicht an Fabriken geliefert werden können, dürften von den Landwirten verwendet oder verarbeitet werden. Preisänderungen seien ausgeschlossen. Im nächsten Frühjahr werde eine eigens zu dem Zwecke geschaffene Organisation die Versorgung mit Saatkartoffeln in die Hand nehmen. Das Bezugsscheinverfahren sei nicht zu empfehlen, nur mit dem Zwangslieferungsverfahren ließe sich trotz aller seiner Mängel das Ziel erreichen. Gegenwärtig würden mehr Kartoffeln im Eisenbahnverkehr bewegt als je im Frieden.

Auf mehrere kritische Bemerkungen gegenüber dem seitherigen Verfahren führt Präsident von Batocki aus, im allgemeinen habe die Androhung der Beschlagnahme genügt; die Schwierigkeiten beständen nicht bei der Ablieferung, sondern beruhten auf dem Wagenmangel. Der Landrat habe in erster Linie die Verantwortung für Massenlieferungen. Ausnahmen könnten nur in ganz besonderen Fällen zugelassen werden. Einzelsendungen ließen sich nicht kontrollieren und dürften daher nicht einreisen. Härten sollen nach Möglichkeit vermieden werden.

Ein Redner der Deutschen Fraktion ist mit diesen Grundsätzen einverstanden. Bei den Gefangenen müsse an Kartoffeln gespart werden.

Präsident v. Batocki: Die Frage der Ernährung der Kriegsgefangenen ist geregelt. Die Versorgung mit Stroh wird nach Verlauf einiger Wochen eintreten. Mit Saatkartoffeln kommen schwer kontrollierbare Schiebungen vor.

Ein Sozialdemokrat erklärt die Beunruhigung der Bevölkerung für nicht unberechtigt, die Einschränkung der Rationen in den Industriebezirken habe sie gesteigert. Der Redner hält daran fest, daß der jetzige Preis zu hoch ist.